

Das IW Köln hat die Verluste durch Corona und Ukraine-Krieg berechnet

Die Rechnung geht nicht auf

Eine neue Studie des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (*IW-Report 9/25*) zeigt eindrucksvoll die Kosten der politischen Fehler, die durch die Restriktionen während der Corona-Krise und durch die Russland-Sanktionen für die deutsche Wirtschaft entstanden sind. „Nach der Erholung vom Pandemie-Schock, der das Wirtschaftsleben in den Jahren 2020 und 2021 stark beeinträchtigte, kommen die wirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland nunmehr seit drei Jahren nicht mehr über das Niveau des Jahres 2019 hinaus“, rechnet das IW vor – mit der Tendenz bergab. Denn mit dem Beginn des Ukrainekriegs am 24. Februar 2022 überlagerten sich beide Belastungen: „Aufsummiert über diesen mittlerweile fünfjährigen Zeitraum ergibt sich für Deutschland ein Ausfall an preisbereinigtem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 735 Milliarden Euro.“



von
Albrecht Rothacher

„Deutschland verlor seit 2019 ein preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt von 735 Milliarden Euro.“

Auf die Corona-Jahre 2020 und 2021 entfielen dabei 290 Milliarden Euro an Belastungen. Aufgrund der faktischen Rezession summieren sich die wirtschaftlichen Verluste 2023 auf 145 Milliarden Euro und 2024 auf 200 Milliarden Euro. Von den Gesamtverlusten waren 470 Milliarden Euro Konsumausfälle: Das entsprechende Wohlstandsverlusten von etwa 5.600 Euro pro Einwohner. Die Brutto-Anlageinvestitionen gingen um 265 Milliarden Euro zurück – mehr als in allen Krisen der vergangenen Nachkriegsjahrzehnte. Diese Investitionsausfälle beeinträchtigen nun die künftige Wettbewerbsfähigkeit, wobei die IW-Studie die selbstmörderische Klimapolitik und den ausufernden Bürokratismus noch nicht einmal berücksichtigt. Zu den coronabedingten Liefer- und Produktionsproblemen kamen ab dem Frühjahr 2022 kriegsbedingte Versorgungsrisiken bei Energie und Rohstoffen hinzu.

Die „verursachten erneute Kostenschocks und sorgten in den Unternehmen für zusätzliche Transaktionskosten mit entsprechenden Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit“, so das IW. Das erheblich höhere Preisniveau auf der Erzeuger- und Verbraucherebene belastete unmittelbar die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern. Interessant ist auch der Vergleich mit der globalen Finanzmarktkrise 2008/09: Damals summierten sich die Wertschöpfungsausfälle in Deutschland laut IW auf 525 Milliarden Euro.

Daß es auch anders geht, beweisen die 1960er Jahre. Damals gab es in Westdeutschland die sogenannte Stabilisierungskrise von 1966/67. Der Gesamtumsatz der Industrie fiel um 1,9 Prozent. Die Arbeitslosenzahlen stiegen auf eine halbe Million, fast 250.000 Gastarbeiter verließen die Bundesrepublik. Dennoch wurden damals im Schnitt vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Staatsverschuldung lag bei nur 25 Prozent des BIP – inzwischen sind es 63 Prozent. Die Sozialausgaben lagen bei 15 Prozent, heute beim Doppelten.

Doch in Deutschland und der EU sollen die Probleme mit noch mehr Verschuldung gelöst werden. Die nächste Bundesregierung plant ein 500-Milliarden-Sondervermögen und eine Teilaufhebung der Schuldenbremse für die Verteidigung. In der EU sollen ihr nicht verwendete Mittel aus den Coronakrediten und EU-Kohäsionsfonds zufließen. Gleichzeitig sind die milliardenschweren Finanz- und Militärhilfen an die Ukraine wohl uneinbringlich. Doch schon ab 2028 soll das Rückzahlen des riesigen Corona-Fonds NextGenerationEU beginnen – diese Rechnung kann nicht aufgehen.

China weist Spionage-Verdacht bei Nordsee-Windkraft empört von sich

Geheime Turbinen

Von **Rüdiger Stobbe**

Insgesamt 16 Windkraftanlagen hat der Windpark-Projektkonzern Luxcara in China bestellt. Bis 2028 sollen diese Anlagen mit einer Nennleistung von jeweils 18,5 MW zum Offshore-Windpark Waterkant bei Borkum aufgebaut werden. Die erwartete Strommenge pro Jahr wird auf durchschnittlich 80 Gigawattstunden (GWh) pro Windrad prognostiziert. Nach Fertigstellung würde der Windpark 1,28 Terawattstunden (TWh) Windstrom pro Jahr liefern. Das entspricht knapp der Hälfte der mit der Nennleistung theoretisch möglichen Strommenge und wäre ein gutes Ergebnis.

Weil die Windkraftanlagen aus China kommen, befürchten militärische Sicherheitsexperten, daß die Anlagen von der Volksrepublik zu Spionagezwecken verwendet werden könnten. Ein Verbot wurde vom Bundestagsabgeordneten von Konstantin von Notz (Grüne) und dem Verteidigungsexperten der CDU/CSU-Fraktion Roderich Kiesewetter angeregt. Das Bundesinnenministerium sieht die Gefahrenlage ähnlich. Allerdings lasse die bestehende Gesetzeslage eine Verhinderung des Projektes aktuell nicht zu. Man sehe aber Handlungsbedarf. Das Bundesamt für Seeschifffahrt und

Hydrographie (BSH) ist für die Genehmigung des Projekts zuständig. Militärisch sicherheitsrelevante Aspekte sind (noch) nicht Teil des Genehmigungsverfahrens. Auch hier wird auf eine Gesetzesänderung hingearbeitet.

Die Hardwarekomponenten eines Windrads an sich sind nicht der wesentliche Teil des Problemkomplexes. Es sind in erster Linie Steuerungs- und Softwarekomponenten, die militärisch-sicherheitstechnisch relevant sein können. Der Projektkonzern Luxcara weist darauf hin, daß sämtliche spionagetechnisch eventuell verwendbare Komponenten von europäischen Herstellern geliefert werden. Auch sei ein Zugriff Chinas auf militärisch und geheimdienstlich nutzbare Elemente im laufenden Betrieb faktisch ausgeschlossen.

Selbstverständlich ist es notwendig, bei Importen jedweder Hard- oder Software immer darauf zu achten, daß die Möglichkeiten von Industrie- und/oder Militärschifffahrt so gut wie ausgeschlossen sind. Doch auch hier gilt die Regel: Hundertprozentige Sicherheit ist niemals gewährleistet. „Maximale Minimierung“ der Risiken ist das Ziel. Dies scheint beim Projekt „Windpark Waterkant“ der Fall zu sein.



Ursula von der Leyen bei der Vorstellung des „Rearm Europe“-Projekts: Die neuen Kreditpielräume mindern den Konsolidierungsdruck

Inflationäre Nebenwirkungen

Rearm Europe:
800-Milliarden-Plan zur EU-Aufrüstung /
Droht Verschwendung durch Panikkäufe?

DIRK MEYER

Friedrich Merz ruft beim Wehretat zum fiskalischen „Whatever it takes“ auf. Auch für EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen „stellt sich nicht mehr die Frage, ob die Sicherheit Europas tatsächlich bedroht ist“. Mit „Rearm Europe“ skizzierte die frühere CDU-Verteidigungsministerin vorige Woche ebenfalls ein massives Aufrüstungsprogramm der EU. Es besteht aus fünf Kapiteln. Erstens plant die EU, den Mitgliedstaaten „mit einem neuen Instrument“ Darlehen für Verteidigungsausgaben in Höhe von 150 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen – vorrangig denen, die aufgrund ihrer jetzt schon hohen Schuldenstände den Zugang zum Kapitalmarkt verlieren könnten.

Eine EU-Verschuldung wäre jedoch rechtlich fragwürdig, da sie keine kreditfinanzierten Zuschüsse vergeben darf (Artikel 310 AEU-Vertrag). Zweitens wird die Aktivierung der nationalen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) empfohlen, so daß bei einer Aufstockung des Wehretats um 1,5 Prozentpunkte ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) weitere 650 Milliarden Euro über zusätzliche Schulden für die Verteidigung aufgebracht werden könnten.

Verteidigung ist eine Kernaufgabe des Staates

Drittens sollen Mittel aus dem bestehenden EU-Haushalt des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) für den Verteidigungsbereich umgewandelt werden. Viertens könnte die Europäische Investitionsbank (EIB) zukünftig ihre ESG-Kreditstandards (Environmental, Social and Governance) hin zur Finanzierung der Rüstungsindustrie öffnen. Schließlich sollen Effizienzpotentiale bei der Rüstungsbeschaffung durch die Harmonisierung der Anforderungen und einen gemeinsamen Einkauf der derzeit stark zersplitterten nationalen Rüstungsindustrien gehoben werden.

Damit steht Neuverschuldung im Zentrum von „Rearm Europe“, obgleich die Verteidigung als Kernaufgabe des Staates grundsätzlich aus laufenden Einnahmen bestritten werden sollte. Haushaltsmischungen, ein „Ertüchtigungssoli“ oder eine einmalige Vermögensabgabe werden nicht in Erwägung gezogen. Will man so mögliche Finanzierungswiderstände vermeiden? Doch neue

Schulden sind nur scheinbar kostenlos. Neben der Rückzahlung wird die Verzinsung künftige Haushaltsspielräume einschränken. Zwar erzeugen kreditfinanzierte Militärausgaben durch zusätzliche Beschäftigung bzw. Produktion einen gewissen Wachstums-/Multiplikatoreffekt.

So führt nach einer Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) der Anstieg der Verteidigungsausgaben der EU-Staaten von zwei auf 3,5 Prozent des BIP zu einem gesamteuropäischen BIP-Anstieg um 0,9 bis 1,5 Prozent. Allerdings hängt das stark davon ab, wieviel des Rüstungsetats ins Nicht-EU-Ausland abfließt. Laut dem aktuellen Sipri-Bericht stammen 60 Prozent der importierten Waffen der europäischen Nato-Staaten aus den USA. Außerdem könnten Fachkräftemangel und unzureichende Produktionskapazitäten im Rüstungssektor zu Lohn- bzw. Preissteigerungen führen – inflationäre Wirkungen für die gesamte Volkswirtschaft eingeschlossen.

Neue Kreditpielräume mindern den Konsolidierungsdruck in den Haushaltsplänen. Fraglich ist auch, ob die Verteidigungsministerien dem Geldregen gewachsen sind oder dort ein „spendables Weiter-so“ Einkehr hält. Dies betrifft nicht nur die bislang ausgebliebene Reform des Beschaffungswesens, sondern auch die Mittelverwendung für neue Waffensysteme. Sind millionenschwere Fregatten, Kampfpanzer und Hubschrauber angesichts der neuen Drohentechnologie noch angemessen? Es drohen Geldverschwendung durch Panikkäufe und militärisch kontraproduktive Beschaffungen.

Die Folgen der Staatsverschuldungen sind kaum abschätzbar. Eine weitere Aufweichung des SWP durch die Ausnahme von kreditfinanzierten Verteidigungsausgaben dürfte der letzte Schritt hin zu einer Schuldenunion sein. Drei Tage nach der Re-

arm-Europe-Ankündigung sprangen die Renditen italienischer Staatsanleihen von 3,62 auf 3,98 Prozent und französischer von 3,23 auf 3,56 Prozent. Auch deshalb fordern die süd- und osteuropäischen EU-Länder „Eurobonds“: Gemeinschaftsanleihen mit Gemeinschaftshaftung. Deutschland würde nicht nur seine AAA-Bonität verlieren – es müßte dann auch einen höheren Zinssatz zahlen und gleichzeitig für insolvente Eurostaaten eintreten.

Droht mit der Aufrüstung eine neue Euro-Staatsschuldenkrise?

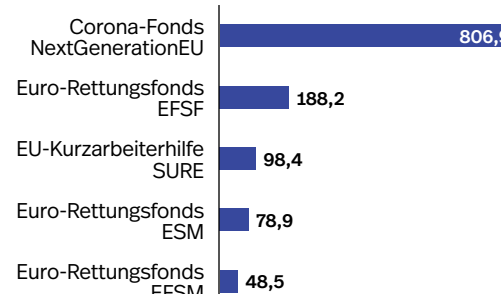
Frühere gemeinschaftliche Schuldenprogramme belasten die EU bzw. die Mitgliedstaaten bereits in einer Gesamthöhe von 1,2 Billionen Euro. Im Schnitt haftet Deutschland dort mit einem Anteil von rund 25 Prozent, also mit etwa 305 Milliarden Euro. Eine neue Euro-Staatsschuldenkrise könnte damit auf uns zukommen. Doch auch hier hat man vorgesorgt. Mit dem 2022 eingerichteten, aber nicht öffentlich gemachten Transmission Protection Instrument (TPI) kann die EZB notleidende Staatsanleihen selektiv ankaufen, „um ungerechtfertigten, ungeordneten Marktdynamiken entgegenzuwirken“. Faktisch handelt es sich um eine verbotene monetäre Staatsfinanzierung (Artikel 123 AEU), in diesem Fall sogar um eine bewußt herbeigeführte national initiierte Geldschöpfung durch die jeweiligen Mitgliedstaaten. Insofern droht auch von dieser Seite ein Inflationsschub.

Deutschland und Europa müssen nach dem Wegfall der US-Garantien eine eigene Verteidigungsfähigkeit aufbauen, um sich militärisch gegen mögliche Angriffe zur Wehr setzen zu können. Doch muß zunächst geklärt werden, was Landes- und europäische Bündnisverteidigung 2025 und in den nächsten Jahren erfordern. Rußland ist Kriegsgegner der Ukraine. Doch ist es auch militärischer Kriegsgegner der Nato, wie bislang unterstellt wird? Dazu gehören zwei Dinge: ein Können und ein Wollen. Der Verlauf des Ukrainekrieges läßt zumindest Zweifel am zukünftigen Angriffspotential Rußlands aufkommen. Sicherheit beruht auf Gegenseitigkeit und darf nicht auf der Unsicherheit eines anderen Staates aufgebaut werden. „Rearm Europe“ könnte aber der Anfang einer unkalkulierten Aufrüstungspirale werden.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.
► hamburger-friedensinitiative.de

Bisher aufgelaufene EU-Gemeinschaftsschulden

Kreditvolumen in Mrd. Euro bis Ende 2024



GRAPHIK QUELLE: EU/EIGENE BERECHNUNG

IHR TESTAMENTS RATGEBER

Sichern Sie Deutschlands Zukunft!

JF FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.

Gestalten Sie auch über den Tod hinaus die Zukunft: durch ein Testament, mit dem Sie Ihre Familie gut versorgen und Projekte bedenken, die Ihnen wichtig sind, z.B. die JUNGE FREIHEIT.

Bestellen Sie die Broschüre »Deutschland Zukunft schenken!«, und verschaffen Sie sich einen ersten Überblick, wie Sie Ihre Liebsten gut versorgen und helfen, Presse- und Meinungsfreiheit auch für die Zukunft zu sichern.

IHR ANSPRECHPARTNER
Dr. Bastian Behrens
Tel.: 030/86 49 53-24
E-Mail: behrens@jungefreiheit.de